A4 Kriegs- und Krisengewinne abschöpfen

Antragsteller*in: Wolfgang Helm (Vorstand KV Aschaffenburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

Wir fordern die Bundesregierung auf, schnellstmöglich **eine Abgabe bzw. Umlage auf Kriegs- und Krisengewinne von Unternehmen wie Wintershall Dea zu erheben**, damit diese einen Beitrag zugunsten der Allgemeinheit und zur Rettung etwa des Gasversorgers Uniper leisten. Im Gegenzug wird die sogenannte Gasumlage, die ausschließlich die Gaskunden bezahlen sollen, abgeschafft bzw. erst gar nicht eingeführt. Sollten über die Abschöpfung der Extraprofite hinaus weitere Mittel erforderlich werden, erfolgt die Finanzierung aus Haushaltsmitteln des Bundes.

Es ist inakzeptabel, dass Konzerne Kriegs- und Krisengewinne einstreichen, während die Bürger:innen zur Zahlung einer Gasumlage gezwungen werden. In anderen Ländern wird bereits eine Abgabe auf derartige Gewinne erhoben. So haben neben Italien auch Großbritannien, Griechenland, Rumänien und Ungarn besondere Abgaben auf Krisengewinne eingeführt, in Belgien und Spanien wurden sie angekündigt. Das ist auch in Deutschland möglich und nötig!

Begründung

Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger immer höhere Preise für Energie zahlen müssen und die Gaskunden auch noch mit einer Umlage zur Rettung etwa von Uniper belastet werden sollen, während die Mineralölkonzerne, aber auch Unternehmen wie BASF oder ihre Tochter Wintershall Dea, ihre Gewinne teilweise verfünffacht haben – jedoch bislang keinen Beitrag für das Allgemeinwesen leisten. Gerade Wintershall Dea ist ein ausdrücklicher "Übergewinner" der Krise, die das Erdgas- und Erdölunternehmen selbst durch seine Geschäftspraktiken mit herbeigeführt hat. Etwa mit dem Tausch des Erdgasspeichers Rehden an Gazprom gegen lukrative Erdgasförderrechte in Sibirien. Und selbst jetzt sind die Verantwortlichen nicht bereit, ihre Geschäfte mit Gazprom einzustellen. Gleichzeitig hat der Chemieriese BASF, dem rund 70 Prozent von Wintershall Dea gehören, im zweiten Quartal 2022 Milliardengewinne eingefahren, hauptsächlich durch die Öl- und Gasförderung seiner Tochter Wintershall Dea – auch in Russland. Die Investorengruppe Letter One des russischen Milliardärs Michail Fridman hält die restlichen 27,3 Prozent an Wintershall Dea.

Es ist nur recht und billig, solche Unternehmen an den Kosten der Rettungsmaßnahmen zu beteiligen.

Einstimmiger Beschluss des Vorstandes des KV Aschaffenburg vom 23.8.2022

Unterstützer*innen

Gabriele Fleckenstein (KV Aschaffenburg-Stadt), Maximilian Brunner (KV Aschaffenburg-Stadt), Daniel Jonas (KV Aschaffenburg-Stadt), Elke Müller-Conrad (KV Aschaffenburg-Stadt), Manfred Jendt (KV Aschaffenburg-Stadt), Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt), Luca Kunkel (KV Aschaffenburg-Stadt), Katharina Borger (KV Aschaffenburg-Stadt), Thomas Grallert (KV Aschaffenburg-Stadt), Anja Moll (KV Aschaffenburg-Stadt), Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt), Nicola Tews (KV Aschaffenburg-Stadt), Kerstin Celina (KV Würzburg-Land), Joachim De Groot-Rouenhoff (KV Aschaffenburg-Stadt), Rudolf Syndikus (KV Aschaffenburg-Stadt), Christin Fernholz (KV Würzburg-Stadt), Dirk Spingler (KV Aschaffenburg-Stadt), Stefan Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt), Felix Groß (KV Würzburg-Stadt), Katharina Appel (KV Aschaffenburg-Stadt), Bernd Dollinger (KV Aschaffenburg-Stadt), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Larissa Gerlach (KV Aschaffenburg-Stadt), Christoph Appel (KV Haßberge), Volker Goll (KV Aschaffenburg-Land), Joachim Schneider (KV Miltenberg), Benjamin Brand (KV Aschaffenburg-Land), Olav Dornberg (KV Aschaffenburg-Land), Lena Werner (KV Main-Spessart), Martin Pilgram (KV Starnberg), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Angela Isop (KV Kempten), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Sandra Smolka (KV Freising), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt)